a 20. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

12. 12. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag
Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schutz der Zivilgesellschaft hat in Hessen höchste Priorität

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Der Landtag zeigt sich angesichts der Berichte über die zunehmende verbale und körperliche Gewalt gegen kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie gegenüber sonstigen Personen des öffentlichen Lebens besorgt. Er betont, dass das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement vieler Hunderttausender Menschen in der Kommunalpolitik, in den Vereinen, Verbänden und sonstigen Initiativen vor Ort das Rückgrat unserer Demokratie und die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens bildet und deshalb den besonderen Schutz des Staates genießt. Wenn Sprache verroht, Grenzen verschoben und Anfeindungen zur Normalität werden, wird eben dieses Fundament gefährdet.
- 2. Der Landtag hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die hessische Landesregierung bereits eine Vielzahl von Präventions-, Schutz- und Begleitmaßnahmen umsetzt, um Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die in Ehrenämtern engagierten Bürgerinnen und Bürger und selbstverständlich jeden Menschen, der bedroht wird, zu schützen. Diese Maßnahmen umfassen neben der alltäglichen Arbeit unserer Sicherheits- und Justizbehörden u.a. auch das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hate Speech, die Meldestelle gegen Hetze im Netz "Hessen3C" und die Einrichtung der AG Hasspostings im Hessischen Landeskriminalamt. Die hessischen Sicherheitsbehörden sind in diesem Sinne Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger und bieten Gefährdungslagenbewertungen, Hilfe und Schutz.
- 3. Der Landtag stellt fest, dass eine Grundlage dieses alltäglichen Engagements unserer Sicherheitsbehörden eine angemessene personelle und organisatorische Ausstattung ist. Durch diese Weichenstellung sind zielgerichtete Maßnahmen, wie u.a. die Überprüfung abgekühlter Extremisten und deren konsequente Entwaffnung, sowie eine umfassende präventive und repressive Extremismusbekämpfung möglich.

Wiesbaden, 12. Dezember 2019

Für die Fraktion der CDU Der Fraktionsvorsitzende: **Michael Boddenberg** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Der Fraktionsvorsitzende: **Mathias Wagner (Taunus)**